

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	17.10.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.05 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Katz, Reinhilde - bis 17.45 Uhr -
AM Kessler, Silvia - für Stv Elter, Uwe bis 18.45 Uhr -
AM Kesting, Stefan - bis 18.45 Uhr -
Stv Kleine, Sancho-Antonio - bis 18.45 Uhr -
AM Leonhardt, Traugott
Stv Sintzen, Gerlinde

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm -
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
AM Al-Omary, Falk
AM Aydin, Veli

AM Beinghaus, Hans-Dieter
AM Dr. Feische, Bärbel
Stv Groß, Michael
AM Gürke, Volker
AM Holdinghausen, Rolf
AM Schneider, Martina
Stv Tielsch, Ingrid Karin

V. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 5 ö. T.:

Frau Stahl - Rektorin Gilbergschule -

VI. Als Zuhörer:

AM Bell, Achim
AM Burk, Friedrich
AM Schiltz, Ingmar
AM Schollmeyer, Wolfgang

VII. Von der Verwaltung:

VA Körper - bis 17.32 Uhr -
StOAR Keßler - bis 17.32 Uhr -
VA Juchems-Voets
VA Dr. Jung
Stadtjugendpfleger Weber
VA Wehler - bis 17.32 Uhr -
VA Bernshausen - bis 17.32 Uhr -
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe
Stv Rujanski, Detlef

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil um Punkt 12 (Einrichtung einer ABM-Stelle zur Schulsozialarbeit an Hauptschu-len) einverstanden.

In der Reihenfolge werden die Punkte 5, 12, 6 (gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Schul- und Bildungswesen) und der Punkt 11 nach Punkt 1 behan-delt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Sintzen bestimmt.

8. JHA 17.10.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2000

Frau Tielsch merkt an, dass sie in der Sitzung nicht anwesend war, jedoch von Herrn Achim Bell vertreten wurde.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthal-tungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

8. JHA 17.10.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

8. JHA 17.10.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 RABAUKE e. V. - Verein zur Förderung von pädagogisch betreuten Bauspielplätzen und Kinderbauernhöfen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.09.2000 -

Herr Kleine erklärt seine Zustimmung zu dem Antrag vorbehaltlich eines Deckungs-vorschlages. Wichtig ist ihm, dass der Verein RABAUKE neben dem städtischen Zuschuss auch einen Eigenanteil zu erbringen hat. Weiterhin sollte der überwiegende Anteil der Fördergelder für Sachmittel und nicht für Honorarkräfte verausgabt werden.

Herr Schmidt merkt an, dass die Einrichtung einer eigenen Haushaltsstelle vom Kämmerer nicht verlangt, sondern lediglich eine diesbezügliche Empfehlung abgegeben werden kann.

Herr Löwenberg befürwortet den Antrag. Entgegen der Äußerung von Herrn Kleine macht er darauf aufmerksam, dass bei Maßnahmen dieser Art Honorarkosten in der Regel verhältnismäßig hoch anzusetzen sind.

Auch Herr Groß schließt sich dem Antrag an. Im Sinne der Rechtssicherheit ist mit dem Trägerverein eine Vereinbarung in Schriftform zu fertigen, damit eine evtl. künftige Haushaltssperre keine Auswirkung auf den Zuschuss hat.

Dieser Meinung stimmt auch Herr Eberlein zu.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion unter Einarbeitung des Änderungs-vorschlages von Herrn Schmidt):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt der Verwaltung, eine eigene Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2001 für den Zuschuss an den Verein RABAUKE e.V. einzurichten. Im Haushaltsjahr 2001 ist diese Haushaltsstelle in Anlehnung an die Zuschusshöhe im Jahre 1999 mit 17.500,00 DM (bei unverändertem Angebot) auszustatten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Herr Max)

8. JHA 17.10.2000

5. Honorarkräfte im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit; hier: Darstellung der Aufgaben und Konsequenzen einer evtl. Reduzierung der Honorarkräfte

Vorlagenr. 724/00 - Vorlage vom 02.10.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Herr Weber erläutert anhand einer Bildschirmpräsentation die Verwaltungsvorlage umfangreich.

Frau Stahl bezeichnet die mehrjährige Kooperation zwischen Schule und den Honorarkräften als sehr erfolgreich. Die Schulsozialarbeit stellt eine wichtige Brücke zwischen Schülern, Schule und Eltern dar und ist somit eine wirkungsvolle ad hoc-Hilfe. Sie ist überzeugt, dass die Folgekosten fehlender Schulsozialarbeit höher als die Kosten der Durchführung sind. Sie bittet darum, die Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen fortzuführen.

Herr Schmidt beantragt für die CDU-Fraktion, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: Das Wort „Arbeit“ ist durch das Wort „Schulsozialarbeit“ zu ersetzen. Weiterhin ist folgender Satz hinzuzufügen: „Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die zur Zeit tatsächlich entstehenden Kosten für Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung des derzeit tätigen Personals und der zur Zeit geleisteten Stunden zu ermitteln.“

Herr Eberlein spricht sich gegen den von Herrn Schmidt gestellten Antrag aus, weil dieser zu einer Reduzierung anderer Formen offener Arbeit in Kinder- und Jugendeinrichtungen führen würde. Er votiert für den durch die Verwaltung unterbreiteten Beschlussvorschlag.

Diesen Ausführungen schließt sich Herr Groß an.

Herr Schmidt ist der Meinung, dass, wenn die Schulsozialarbeit zu 100 % erhalten werden soll, an anderen Stellen dafür Abstriche gemacht werden müssen. Die Entwicklung wird zeigen, wie groß die entstehende Lücke sein wird. Zu gegebener Zeit sind Überlegungen darüber erforderlich, wie diese geschlossen werden kann.

Frau Höpfner-Diezemann erwähnt, dass der Antrag der CDU-Fraktion lediglich Einschnitte außerhalb der Schulsozialarbeit im Bereich der (prozentual mit 15 % anzusetzenden) Honorarkräfte zur Folge hätte.

Frau Tielsch hält es für erforderlich, dass die Schulsozialarbeit in dem selben Umfang wie bisher weitergeleistet wird. Über die in anderen Bereichen in Kauf zu nehmenden Einschränkungen muss man sich zu gegebener Zeit Gedanken machen.

Beschluss (mit Ergänzung auf Antrag von Herrn Schmidt):

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Rat der Stadt Siegen zu empfehlen, die erforderlichen Mittel zur Sicherstellung der Schulsozialarbeit in den Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2001 bereitzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die zur Zeit tatsächlich entstehenden Kosten für Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung des derzeitig tätigen Personals und der zur Zeit geleisteten Stunden zu ermitteln.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Rat der Stadt Siegen zu empfehlen, die erforderlichen Mittel zur Sicherstellung der Arbeit in den Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2001 bereitzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen

8. JHA 17.10.2000

6. Verbesserung der Kinderbetreuung in Siegen hier: Förderung und Entwicklung von Kinderbetreuungsprojekten in der Grundschule

Vorlagenr. 725/00 - Vorlage vom 04.10.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Herr Eberlein hält den Erhalt bzw. die Weiterführung der Vernetzungsstelle über den 30.11.2000 hinaus für erforderlich. Das Ergebnis des Förderantrages ist so frühzeitig zur Kenntnis zu geben, dass vor der evtl. Stellenstreichung eine erneute Erörterung möglich ist.

Frau Juchems-Voets führt aus, dass das Versorgungsamt Köln mittlerweile grünes Licht für die Servicestelle Kinderbetreuung gegeben hat. Sie geht davon aus, dass über das Ergebnis des Förderantrages in der kommenden Sitzung berichtet werden kann.

Herr Schmidt spricht sich dafür aus, dass Kinderbetreuungsangebote auch *außerhalb* kommunaler Beschäftigungsförderung weiterzuentwickeln sind. Punkt 3 des Beschlussvorschlages ist dementsprechend zu ändern.

Beschluss (mit Abänderung des Punktes 3 auf Antrag von Herrn Schmidt):

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur verlässlichen Grundschule von "acht bis eins" zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe kommunaler Mittel für das Jahr 2000 vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Kinderbetreuungsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dies kann auch im Rahmen kommunaler Beschäftigungsförderung geschehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. JHA 17.10.2000

**7. Kindertageseinrichtung
- Sanierung der Kindertageseinrichtung Birkenweg 18, Siegen-Eiserfeld**

Vorlagenr. 726/00 - Vorlage vom 12.09.2000 -

Herr Eberlein erklärt sich für befähigt und verlässt den Sitzungsraum.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Kindertageseinrichtung Birkenweg 18 in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt - Siegen-Wittgenstein/Olpe, Siegen, zu sanieren.

Die max. benötigten Haushaltsmittel von 233.000,00 DM ./ 13.783,00 DM/Rücklage = 220.000,00 DM (aufgerundet) werden wie folgt bereitgestellt:

Im Haushaltsjahr 2000 erfolgt zur Finanzierung der Baumaßnahmen eine überplanmäßige Mittelbereitstellung bei der HSt. 1.464.9870,1 - Bau- und Einrichtungs-kostenzuschüsse - in Höhe von 111.000,00 DM. Die Deckung dieser Mehrausgaben erfolgt durch:

- a) Zuschüsse für dieses Projekt in Höhe von 56.000,00 DM.
- b) Überplanmäßige Einnahmen bei der HSt. 1.464.3620,0 in Höhe von 28.000,00 DM.
- c) Mehreinnahmen in Höhe von 27.000,00 DM bei der HSt. 1.910.3610,7 - Investitionszuweisung nach GFG -.

Die Ausfinanzierung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2001.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Herr Max)

8. JHA 17.10.2000

**8. Kindertageseinrichtungen;
Beförderung von Kindergartenkindern aus Siegen Feuersbach zum Ev. Kindergarten Am Nochen 6 in Kaan-Marienborn**

Vorlagenr. 727/00 - Vorlage vom 25.09.2000 -

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dass der bestehende Bus-transport für die Kinder aus Siegen Feuersbach zum Kindergarten Am Nochen 6, Siegen Kaan-Marienborn weiterhin durchgeführt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

8. JHA 17.10.2000

**9. Kinder- und Jugendbeteiligung an kommunalen Entscheidungen
- Sachstandsbericht -**

Vorlagennr. 728/00 - Vorlage vom 26.09.2000 -

Herr Eberlein kritisiert, dass die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten trotz bestehenden Beschlusses noch immer nicht eingerichtet wurde. Die SPD-Fraktion plädiert weiterhin auf die Realisierung der Stelle.

Dieser Meinung schließen sich die Ausschussmitglieder Tielsch, Groß und Löwen-berg an.

Herr Dr. Rohr führt an, dass der Bürgermeister deutlich gemacht hat, die eingespar-ten Kosten aufgrund der Nichtbesetzung der Stelle zugunsten eines anderen Pro-jektes einzubringen.

Herr Al-Omary fordert eine spezielle Vorlage mit dem Thema „Kinder- und Jugend-beauftragter“.

Da kein Zeitdruck besteht, schlägt Herr Schmidt vor, die Beratung zu vertagen.

◆◆◆ Die Beratung wird vertagt.

8. JHA 17.10.2000

10. Förderung von Einrichtungs-, Bau- und Renovierungsmaßnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit/Vertrag mit Stadtjugendring Siegen zur Verteilung der Mittel für Einrichtungs-, Bau- und Renovierungsmaß-nahmen

Vorlagennr. 729/00 - Vorlage vom 02.10.2000 -

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt den Vertrag mit dem Stadt-jugendring Siegen e.V. über die Gewährung von Zuschüssen von Einrichtungs-, Renovierungs- und Baumaßnahmen für freie Träger der Jugendhilfe in der Stadt Siegen und die Richtlinien über die Vergabe der Mittel für Einrichtungs-, Reno-vierungs- und Baumaßnahmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

8. JHA 17.10.2000

11. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlagennr. 730/00 - Vorlage vom 06.10.2000 -

Herr Gürke verweist auf ein Schreiben des Stadtjugendringes vom 16.10.2000 an die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates. Hierin wird die Auffassung vertreten, dass die Gelder aus dem Förderprogramm Kommunen gegen Rechtsextremismus gerade im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt werden sollten. Der Stadtjugendring Siegen e.V. erklärt sich bereit, eine Verteilung der Gelder vorzunehmen. Er versichert, dass die Verteilung durch den Stadtjugendring keinen Einfluss auf Projekte außerhalb des Jugendbereichs haben wird. Sie soll lediglich eine Priorität im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit verdeutlichen.

Die Herren Schmidt und Dr. Rohr sprechen sich gegen diesen Vorschlag aus, da nicht nur Jugendliche von Rechtsextremismus betroffen sind, sondern auch viele andere gesellschaftliche Gruppen (z. B. Ausländer, Behinderte, Juden u. a.).

Die nun folgende eingehende Diskussion, an der sich die Ausschussmitglieder Schmidt, Kleine, Eberlein, Groß, Löwenberg, Al-Omary und Tielsch beteiligen, hat zum Ergebnis, dass eine neue Kommission parallel zur bestehenden Zehner-Kommission gebildet werden soll. Diese Kommission setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der 5 Fraktionen, 5 Vertretern des Ausländerbeirates und 3 Vertretern des Stadtjugendringes. Weiterhin ist ein Mitarbeiter der Jugendverwaltung mit beratender Stimme zu beteiligen. Eine Benennung der Mitglieder sollte kurzfristig erfolgen, um in einer ersten Sitzung der Kommission grobe Verfahrensrichtlinien (wie z. B. Entscheidungsbefugnisse, Zuständigkeit für die Bearbeitung von Anträgen) zu entwickeln. Diese Richtlinien werden dem Jugendhilfeausschuss in seiner kommenden Sitzung zur Kenntnis gegeben. Die neu zu bildende Kommission wird dem Jugendhilfeausschuss zugeordnet.

◆◆◆ Der Ausschuss kommt überein, den entwickelten Lösungsvorschlag als Empfehlung an den Ausländerbeirat und den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen auszusprechen.

8. JHA 17.10.2000

12. Einrichtung einer ABM-Stelle zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen

Vorlagenr. 731/00 - Vorlage vom 05.10.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Herr Pfeifer mahnt zu einem verantwortlichen politischen Umgang mit der Thematik. Er fordert mit Nachdruck, die ABM-Stelle zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen einzurichten.

Ziel ist, weder den Stellenplan, noch die Ausgaben der Stadt Siegen auszuweiten, so Frau Schleifenbaum. Sie schlägt daher vor, dass die Stadt Siegen Verhandlungen mit freien Trägern aufnimmt und hierin die evtl. Bereitschaft zur Übernahme dieser Aufgabe eruiert.

Frau Höpfner-Diezemann bringt vor, dass eine Lösung vor dem Hintergrund einer möglichst geringen Belastung des städtischen Haushaltes gefunden werden muss. Für den 10 %-igen Trägeranteil ist im städtischen Haushalt eine Deckung zu suchen. Diese Mittel sind für den Fall der Bereitschaft eines freien Trägers an diesen weiterzuleiten.

Herr Eberlein schließt sich seinen Vorrednern an.

Herr Groß spricht von einem vergleichsweise geringen Ausgabebetrag, mit dem eine wichtige Arbeit geleistet wird. Er hält einen Appell an den Rat, die ABM-Stelle einzurichten und den diesbezüglich gefassten Beschluss nicht aufzuheben für erforderlich. Grundvoraussetzung für die Durchführung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen durch einen freien Träger ist dessen fachliche Kompetenz.

Herr Bernshausen verdeutlicht, dass die Einrichtung einer zusätzlichen ABM-Stelle selbst bei einer 90 %-igen Förderung aus finanziellen Gesichtspunkten nicht leistbar ist. Sollte die Stelle dennoch eingerichtet werden, ist nach 2 Jahren eine Entscheidung darüber zu treffen, die Maßnahme abubrechen oder die entsprechende Kraft in ein Dauerarbeitsverhältnis zu übernehmen. In dem letztgenannten Fall entstehen auf Dauer hohe Kosten aufgrund des Wegfalls der Förderung.

Frau Walenta äußert die Idee, Studenten des Faches Sozialpädagogik in Form eines Praktikums mit der Durchführung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen zu betrauen. Hierdurch können ihres Erachtens erhebliche Kosten eingespart werden.

Herr Dr. Rohr sagt eine diesbezügliche Prüfung zu. Im Rahmen der Haushaltsplan-beratungen 2001 ist die Problematik erneut zu thematisieren.

Wichtig ist die Etablierung der ABM-Stelle für den von Herrn Bernshausen genann-ten Zeitraum von 2 Jahren, so Herr Löwenberg. Um die Bereitschaft eines freien Trägers zur Durchführung der Aufgaben zu erreichen, ist sicherzustellen, dass der Trägeranteil von 10 % für diesen Zeitraum aus städtischen Mitteln übernommen wird.

Beschlussvorschlag (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Einrichtung einer ABM-Stelle zur Sozialar-beit an Hauptschulen beizubehalten. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein freier Träger bereit ist, die Einrich-tung einer ABM-Stelle für eine Sozialarbeiterin / einen Sozialarbeiter bzw. eine Sozialpädagogin / einen Sozialpädagogen zur Sozialarbeit an Hauptschulen der Stadt Siegen zu übernehmen. Der Trägeranteil von 10 % wird zunächst für die Dauer von 2 Jahren aus städti-schen Mitteln übernommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

8. JHA 17.10.2000